17. Wahlperiode

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

# Kurzprotokoll

zu Tagesordnungspunkt 1 der 3. Sitzung

Berlin, den 21. April 2010, 17:00 Uhr

Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus Sitzungssaal: Saal E. 600

Vorsitz: Markus Grübel, MdB

## Öffentliches Expertengespräch

mit Dr. Thomas Gensicke (TNS Infratest Sozialforschung) zu den Ergebnissen des 3. Freiwilligensurveys

An we senhe its liste \*

Mitglieder des Unterausschusses

Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	CDU/CSU
Norbert Geis	Christoph Poland
Markus Grübel	Karl Schiewerling
Katharina Landgraf	Johannes Selle
Klaus Riegert	Christian Freiherr von Stetten
Dr. Peter Tauber	Dieter Stier
SPD	SPD
Ute Kumpf	Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Gerold Reichenbach	Mechthild Rawert
Sönke Rix	Stefan Schwartze
FDP	FDP
Florian Bernschneider	Miriam Gruß
Heinz Golombeck	Sibylle Laurischk
DIE LINKE.	DIE LINKE.
Heidrun Dittrich	Diana Golze
Harald Koch	Jörn Wunderlich

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** 

Britta Haßelmann

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** 

Kai Gehring

<sup>\*)</sup>Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt

Anwesenheitsliste*	
Fraktionsmitarbeiter	
*)Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt	-

Anwesenheitsliste*		
Bundesregierung		
Bundesrat		

<sup>\*)</sup>Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigefügt

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden zur 3. Sitzung des Unterausschusses "Bürgerschaftliches Engagement". Unter Tagesordnungspunkt 1 werde man sich in einem öffentlichen Expertengespräch mit den bisher noch nicht publizierten Ergebnissen des 3. Freiwilligensurveys befassen, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach 1999 und 2004 im letzten Jahr zum dritten Mal in Auftrag gegeben habe. Hierzu begrüße er Herrn Dr. Thomas Gensicke von TNS Infratest Sozialforschung, der die Studie geleitet habe. Im anschließenden nichtöffentlichen Teil der Sitzung - ab Tagesordnungspunkt 2 - werde man sich mit dem Thema "Freiwilligendienste" befassen und unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" gehe es um die weitere Arbeitsplanung des Unterausschusses, da sich für die Sitzung am 19. Mai 2010 eine thematische Veränderung ergeben habe.

#### Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch mit Dr. Thomas Gensicke (TNS Infratest Sozialforschung) zu den Ergebnissen des 3. Freiwilligensurveys

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Mitglieder vom Sekretariat vorab eine allgemeine Information über die Erhebung und eine Presseveröffentlichung des Bundesministeriums zu ausgewählten Ergebnissen des 3. Freiwilligensurveys als Unterausschussdrucksachen 17/003a und 17/003b erhalten hätten. Herr Linzbach werde – bevor Herr Dr. Gensicke mit seiner Präsentation beginne – kurz den Zeitplan für die Veröffentlichung des Gesamtberichtes erläutern.

Christoph Linzbach (BMFSFJ) führt aus, die ersten Ergebnisse des 3. Freiwilligensurveys würden in zwei bis drei Wochen im nächsten "Engagementmonitor" des Ministeriums publiziert. Er bitte daher um Verständnis, dass in der heutigen Sitzung noch keine detaillierten schriftlichen Informationen zur Verfügung gestellt werden könnten, da das Ministerium diese gerne in Gänze der Öffentlichkeit präsentieren wolle. Sobald der "Engagementmonitor" vorliege, werde dieser auch den Mitgliedern des Unterausschusses zur Verfügung gestellt. Voraussichtlich im Juli werde der Gesamtbericht vorliegen und dann auch online gestellt.

**Dr. Thomas Gensicke** (TNS Infratest Sozialforschung) dankt den Mitgliedern für die Einladung und weist darauf hin, dass er zu Beginn seiner Präsentation zunächst auf einige

konzeptionelle Aspekte eingehen werde. Bei der Frage, was der Freiwilligensurvey genau abbilden könne, müsse man sich vergegenwärtigen, dass es sich dabei weder um eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes noch um eine Organisationsbefragung, sondern um eine Umfrage handele. Befragt würden Personen ab 14 Jahren zu ihrer öffentlichen Beteiligung und zu ihrem freiwilligen Engagement mit dem Ziel, ein möglichst breites Bild der Zivilgesellschaft quantitativ zu erfassen. Selbstverständlich könne und müsse man die Zivilgesellschaft darüber hinaus auch mit anderen Methoden beschreiben und analysieren. Mit nunmehr 20.000 Befragten sei die Stichprobe 3. Freiwilligensurvey nochmals gewachsen. Diese Größe ermögliche es, auch die vielfältigen kleineren Bereiche des Engagements in ihrer gesamten Bandbreite abzubilden und dabei demografische, soziale und kulturelle Kontexte differenziert zu erfassen. Darüber hinaus gebe es beim 3. Freiwilligensurvey erstmals repräsentative Stichproben für alle Bundesländer inklusive der Stadtstaaten. Erfreulich sei auch, dass die meisten Bundesländer planten, ihre Ergebnisse auf Landesebene auswerten zu lassen.

Dr. Gensicke führt weiter aus, dass es beim Freiwilligensurvey nicht nur darum gehe, die Quoten derjenigen zu messen, die sich öffentlich beteiligten und die darüber hinaus freiwillig engagiert seien. Solche Eckdaten seien notwendig, aber nicht hinreichend. Die Untersuchung erlaube differenzierte Aussagen über die Beteiligungs- und Engagementquoten von bestimmten Bevölkerungsgruppen, aber auch über jeden der erfassten 14 Engagementbereiche. Zudem seien Aussagen über das Engagementpotenzial derjenigen möglich, die sich bisher weder beteiligt noch engagiert hätten.

Mit der telefonischen Befragung versuche man darüber hinaus, die Engagementwirklichkeit auch qualitativ zu erfassen, z. B. Organisationsformen, Tätigkeitsanforderungen, Engagementbedingungen, Motivation, Selbstverständnis und Bedürfnisse der Engagierten mit Blick auf das Umfeld in Organisationen und Einrichtungen. Auf diese Weise könne auch ermittelt werden, welchen Verbesserungsbedarf bei den Rahmenbedingungen die Engagierten sähen. Insofern sei der Freiwilligensurvey ein wichtiges Instrument für die Engagementförderung, der zudem erlaube, die großen Leistungen der Freiwilligen sichtbar zu machen und anzuerkennen.

Dr. Gensicke fährt fort, er wolle im Folgenden auf einige ausgewählte Ergebnisse des Freiwilligensurveys eingehen: Der Freiwilligensurvey frage im ersten Schritt nach der öffentlichen Beteiligung der Bevölkerung in Vereinen, Organisationen und Einrichtun-

gen. Die Einbindung der Bevölkerung in den organisierten und institutionellen Kontext habe vor allem zwischen 1999 und 2004 zugenommen (1999: 66 %, 2004: 70 %) und bewege sich seitdem auf konstant hohem Niveau (2009: 71 %). In Ostdeutschland sei sogar über den gesamten Zeitraum ein stetiger Anstieg der Bevölkerung bei der öffentlichen Beteiligung festzustellen (1999: 56 %, 2004: 62 %, 2009: 64 %).

Der Freiwilligensurvey erfasse dann in einem zweiten Schritt, wer in den Organisationen darüber hinaus freiwillig und unentgeltlich Aufgaben, Funktionen und Arbeiten übernehme. Diese Engagementquote liege deutlich niedriger als die Beteiligungsquote und sei zwischen 2004 und 2009 - bezogen auf ganz Deutschland - auf gleich hohem Niveau von 36 % geblieben. Während in Ostdeutschland zwischen 1999 (28 %) und 2004 (31 %) ein leichter Anstieg bei der Engagementquote zu verzeichnen gewesen sei, der sich 2009 (ebenfalls 31 %) nicht fortgesetzt habe, sei die Engagementquote in Westdeutschland über den gesamten Zeitraum auf etwa gleichem Niveau geblieben (1999: 36 %, 2004: 37 %, 2009: 37 %). Hinter diesen abstrakten und hochaggregierten, auf den ersten Blick unveränderten Zahlen zwischen 2004 und 2009 stecke jedoch jede Menge Entwicklung und Bewegung, die in der Gesamtquote so nicht zum Ausdruck komme.

Eine wesentliche Entwicklung sei der starke Anstieg beim Engagement von älteren Menschen vor allem in Westdeutschland, und zwar sowohl bei der Beteiligung als auch bei der Übernahme freiwilliger und ehrenamtlicher Tätigkeiten. Dieser Anstieg bei den älteren Menschen habe Rückgänge in anderen Altersgruppen, vor allem bei den jüngeren Jahrgängen, ausgeglichen. Anderenfalls wäre zwischen 2004 und 2009 ein Rückgang bei der Beteiligungs- sowie der Engagementquote zu verzeichnen gewesen. Dieser wichtige Befund des aktuellen Freiwilligensurveys habe komplexe Ursachen. Dazu gehörten beispielsweise ein zunehmend besserer Gesundheitszustand und – noch bedeutender – der Wandel des Lebensstils älterer Menschen, weg vom Rückzug ins Private und hin in Richtung stärkere öffentliche Einbindung.

Betrachte man die Bereitschaft des bisher nicht engagierten Teils der Bevölkerung, sich künftig zu engagieren, sei festzustellen, dass die Gruppe derjenigen, die *eventuell* zum freiwilligen Engagement bereit sei, von 1999 bis 2009 von 16 % auf 26 % zugenommen habe, während die Zahl derjenigen, die *bestimmt* zum freiwilligen Engagement bereit sei, fast konstant geblieben sei (1999: 10 %, 2009: 11 %). Dagegen habe der Anteil derjenigen, der sich die Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit nicht vorstellen könne, im gleichen

Zeitraum deutlich abgenommen (1999: 40 %, 2009 27 %). Würde man von den 65 Millionen Menschen über 14 Jahren in Deutschland nur 10 % der eventuell oder bestimmt für ein Engagement bereiten Menschen tatsächlich für ein Engagement gewinnen können, ergebe sich ein erhebliches Rekrutierungspotenzial. Allerdings müsse man bei dieser Betrachtung auch bestimmte Austauschprozesse mitberücksichtigen. So habe man innerhalb der letzten Dekade bei den Menschen unter 45 Jahren festgestellt, dass immer weniger von ihnen noch in ihren Geburtsorten lebten. Diese Zunahme der Mobilität wirke sich wiederum häufig negativ auf das bürgerschaftliche Engagement aus, da familiäre Bindungen sowie gewachsene Bindungen an Vereine vor Ort wegfielen und man am neuen Wohnort nicht immer sofort wieder Zugang zum Engagement finde.

Die große Zahl der Befragten im Freiwilligensurvey erlaube zudem Aussagen über das Engagement imLebensverlauf. Wenn freiwillige man das Engagement Fünfjahresabschnitte über den gesamten Lebensverlauf unterteile, zeige sich, dass Männer, über den Lebensverlauf hinweg, relativ gleichmäßig engagiert seien – mit wenigen Schwankungen zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Eine Ausnahme sei bei ihnen lediglich bei der ältesten Gruppe festzustellen. Bei Frauen gebe es dagegen über den gesamten Lebensverlauf hinweg sehr viel häufigere Schwankungen bei der Engagementbeteiligung. Während das Engagement weiblicher Jugendlicher zwischen 14 und 19 Jahren (37 %) noch über dem männlicher Jugendlicher (35 %) liege, sinke es bei Frauen zwischen 20 und 34 Jahren (28 % bzw. 30 %) stark ab, um anschließend wieder deutlich anzusteigen und bei Frauen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren mit 43 % den Höhepunkt zu erreichen. Wenn die Kinder das Elternhaus in der "empty nest"-Phase wieder verließen, nehme auch das Engagement von Frauen wieder deutlich ab. Dies lasse den Rückschluss zu, dass sich das Engagement bei Frauen stärker am Thema "Familie und Kinder" festmache. Ein interessanter Anstieg sei dann wieder bei den 65- bis 69jährigen Frauen festzustellen, den es vor 10 Jahren so noch nicht gegeben habe. Dies zeige, dass man die Engagementgelegenheiten im Lebensverlauf stärker in den Blick nehmen müsse.

Versuche man mit Hilfe der Freiwilligensurveys eine Trendanalyse über den Lebensverlauf in der Dekade zwischen 1999 und 2009 vorzunehmen, sei zu konstatieren, dass das Engagement, wenn man alle Befragten betrachte, in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen besonders stark zugenommen habe. Auch der Zuwachs beim Engagement der Älteren ab 60 Jahren sei beträchtlich gewesen, was geholfen habe, das Engagementniveau insge-

samt zu stabilisieren. Dabei müsse man auch berücksichtigen, dass der Anteil der 30- bis 44-Jähren an der Gesamtbevölkerung in den letzten 10 Jahren gesunken sei und dass dieser sinkende Gesamtanteil durch eine höhere Engagementquote in dieser Altersgruppe ausgeglichen worden sei. Bei den Älteren gingen dagegen beide Trends in dieselbe Richtung, da deren Anteil zum einen durch den demografischen Wandel zugenommen und sich diese Gruppe zum anderen gleichzeitig auch stärker engagiert habe. Dies habe die Rückgänge im Engagement, z. B. bei den Jüngeren, ungefähr ausgeglichen.

Wenn man sich den Engagementzyklus anschaue, könne man diesem bestimmte typische Lebensherausforderungen zuordnen. Bei der ersten Messung des Freiwilligensurveys im Jahr 1999 habe es nach einer hohen Engagementquote bei Jugendlichen einen Rückgang in den Phasen Ausbildung, Berufseinmündung und Familiengründung gegeben, der offensichtlich mit dem Zusammenfall von beruflicher Etablierung und Familiengründung zu tun habe. Danach sei eine Art "Familienplateau" mit gleichmäßig hohen Engagementquoten in den Jahrgängen zu verzeichnen gewesen, in denen Kinder im Haushalt lebten, ehe im Anschluss daran eine deutliche Abnahme feststellbar gewesen sei, die man als "Altersgefälle" bezeichnen könne.

Betrachte man dagegen den Engagementzyklus für das Jahr 2009, stelle man deutliche Veränderungen fest. Statt eines "Familienplateaus" könne man nun von einem "Familiengipfel" mit kulminierender Engagementquote bei der Gruppe der 40- bis 44-Jährigen sprechen. Darüber hinaus sei ein kleiner "Ruhestandsgipfel" festzustellen mit einem – im Vergleich zum Jahr 1999 – starken Anstieg bei den älteren Menschen, der das früher bestehende "Altersgefälle" abgelöst habe.

Wenn man sich das Engagement der im Jahr 1999 25- bis 29-Jährigen, der 30- bis 34-Jährigen sowie der 35- bis 39-Jährigen - im Längsschnitt zehn Jahre später - anschaue, zeige sich, dass insbesondere die im Jahr 2009 nun 35- bis 39-Jährigen sowie die 40- bis 44-Jährigen ihr Engagement deutlich (+10 %) und die 45- bis 49-Jährigen ihr Engagement im Vergleich zum Jahr 1999 immer noch ein wenig (+4 %) gesteigert hätten. Ein möglicher Erklärungsansatz hierfür könne sein, dass diese Gruppen mehr Wert auf eine gute Ausbildung ihrer Kinder legten und sich daher stärker im Bereich Kindergarten und Schule engagierten. Dieser Befund werde auch dadurch gestützt, dass insbesondere die 3- und 4-Personenhaushalte ihr Engagement gesteigert hätten. Dies zeige auch, wie eng Engagementquote und Haushaltsgröße miteinander korrelierten.

Betrachte man auch die älteren Jahrgänge im Längsschnitt, gebe es ebenfalls einen interessanten Befund. Die 1999 55- bis 59-Jährigen sowie die damals 60- bis 64-Jährigen hätten ihr Engagement zehn Jahre später fast auf gleichem Niveau beibehalten. Nur bei den 1999 65- bis 69-Jährigen, die 2009 75 bis 79 Jahre alt seien, sei ein Rückgang zu verzeichnen (-9 %), den man mit der Verschlechterung des Gesundheitszustandes erklären könne. Statt von einem "Altersgefälle" wie 1999 könne man 2009 daher eher von einem "Fitnessgefälle" sprechen. Dies werfe die Frage auf, ob sich dieser positive Trend bei der Engagementneigung älterer Menschen fortsetzen werde.

Um diese Frage zu beantworten, müsse man die heutigen mittleren Jahrgänge näher betrachten, da aus deren Verhalten mögliche Rückschlüsse für die Zukunft ableitbar seien. Bei diesen mittleren Jahrgängen sei zu konstatieren, dass sie ihr Engagement reduziert hätten. Dies deute darauf hin, dass man sich auf ein Engagementverhalten einstellen müsse, das zwischen dem 1999 konstatierten "Altersgefälle" und dem heute festgestellten "Fitnessgefälle" liegen werde. Dies bedeute für Organisationen, dass sie ihre Anstrengungen, Menschen ins Engagement zu bringen und vor allem dort auch zu halten, steigern müssten. Gerade ältere Menschen seien häufig in Institutionen und Einrichtungen gemeinsam mit Hauptamtlichen engagiert und wünschten sich dort mehr Anerkennung ihres ehrenamtlichen Engagements durch Hauptamtliche.

Abschließend wolle er noch kurz auf das Berichtskonzept des Freiwilligensurveys eingehen, das Herr Linzbach bereits kurz angesprochen habe. Bisher liege die auch an die Mitglieder verteilte Kurzinformation über erste Ergebnisse des 3. Freiwilligensurveys vor. Für Mai sei die Veröffentlichung des "Engagementmonitors" vorgesehen. Auf 40 Seiten lägen dann vertiefende Ergebnisse zu den wichtigen Zielgruppen des Ministeriums (Jugendliche, Ältere, Familien, Männer und Frauen) vor. Im Juli werde dann voraussichtlich der Hauptbericht über das Internet und als Verlagspublikation veröffentlicht.

Wenn das Ministerium nach der Erstberichterstattung die Daten freigegeben habe, könne dann auch die weitere Auswertung beginnen. So seien bereits eine Reihe von Länderstudien und erstmals auch zwei vertiefende Kommunalstudien (Landkreis Offenbach und Stadt Augsburg) geplant. Auch eine Studie zu den Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland werde wahrscheinlich kommen. Darüber hinaus gebe es sehr viel Raum für weitere Zusatzstudien zur thematischen Auswertung einzelner Engagementbereiche. Beim letzten Mal habe es beispielsweise Auswertungsstudien für den

Sport, für die Kirchen und für die Wohlfahrtsverbände gegeben. Durch die größere Stichprobe seien auch die Voraussetzungen für vertiefende Zielgruppenstudien, z. B. zum Engagement von Jugendlichen, Älteren, Männern und Frauen, Familien, Erwerbstätigen oder Arbeitslosen noch besser geworden. Mit dem Freiwilligensurvey liege also ein großer "Datensteinbruch" vor, der nach der Erstberichterstattung warte, durch weitere Studien gehoben zu werden.

Der Vorsitzende dankt Herrn Dr. Gensicke für die informative Präsentation. Möglicherweise werde man nach dem Vorliegen der Gesamtergebnisse noch einmal die Gelegenheit für eine vertiefende Auswertung in diesem Ausschuss finden. Der Vorsitzende eröffnet die Runde für Fragen und Anmerkungen durch die Fraktionen und erteilt zunächst dem Abg. Dr. Tauber das Wort.

Abg. **Dr. Peter Tauber** (CDU/CSU) dankt Herrn Dr. Gensicke für seinen einführenden Bericht. Dieser habe verdeutlicht, dass es beim Freiwilligensurvey auch um eine qualitative Erfassung des möglichen Verbesserungsbedarfs der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement gehe und auch Aussagen für die regionale Ebene getroffen werden könnten. Er erkundigt sich, ob auch für die einzelnen Engagementbereiche Bedarfe, Wünsche und Sorgen aufgeschlüsselt werden könnten.

Herr Dr. Gensicke habe zudem ausgeführt, dass gerade in der Phase des Erwerbslebens, bei dem Karriere- und Familienplanung zusammenträfen, das ehrenamtliche Engagement am größten sei, weil sich Eltern offenbar in den Vereinen, in denen ihre Kinder aktiv seien, auch selber bürgerschaftlich engagierten. Der Abgeordnete fragt, ob man im Umkehrschluss daraus schließen könne, dass Kinderlose generell weniger bereit seien, sich ehrenamtlich zu engagieren. Zudem interessiere ihn, ob die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement eher von der Prägung in jungen Jahren oder eher von der Lebensphase und dem soziale Umfeld abhänge.

Abg. Sönke Rix (SPD) erkundigt sich, ob auch geplant sei, das Engagementverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund mit Hilfe der Daten des Freiwilligensurveys genauer zu analysieren. Darüber hinaus möchte er wissen, ob neben dem klassischen Engagement in Vereinen und Verbänden auch das kurzfristige Engagement in Projekten oder Selbsthilfegruppen miterfasst werde. Für interessant halte er auch den analysierten neuen Trend, dass sich ältere Menschen stärker engagierten. Der Abgeordnete bittet

Herrn Dr. Gensicke außerdem um eine Erläuterung, welcher Zusammenhang zwischen dem demografischen Wandel und der Engagementquote bestimmter Altersgruppen bestehe.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) betont, eine entscheidende Frage sei für ihn die des Engagementpotenzials. Ihn interessiere, warum dieses vorhandene Potenzial bisher nicht habe genutzt werden können und ob beim Freiwilligensurvey auch gefragt werde, was die Menschen von einem Engagement abhalte. Der Abgeordnete möchte wissen, ob dies eher mit fehlender Zeit wegen beruflicher Einbindung und familiärer Verpflichtungen oder mit dem fehlenden Zugang zum bürgerschaftlichem Engagement zu tun habe. Denn in den verteilten Sitzungsunterlagen sei auch auf die Notwendigkeit von Anlaufstellen, die über bürgerschaftliches Engagement informierten, hingewiesen worden. In diesem Zusammenhang interessiere ihn, wie Menschen ansonsten auf bürgerschaftliches Engagement aufmerksam würden – durch Mund-zu-Mund-Propaganda oder über direkte Ansprache durch Vereine und Verbände.

Spannend sei auch der Befund, dass bürgerschaftliches Engagement in der Zeit des Wechsels vom Beruf in den Ruhestand abnehme, obwohl gerade dann Zeit vorhanden sein müsste, um nachfolgenden Generationen Erfahrung und Wissen weiterzugeben. Von daher stelle sich die Frage, auf welche Weise Menschen sich einbrächten und welche Interessen sie dabei mitbrächten. Darüber hinaus möchte der Abgeordnete wissen, ob bürgerschaftliches Engagement stärker projektorientiert ausgeübt werde und ob dies Rückwirkungen auf die Ausrichtung der Engagementangebote habe. Außerdem interessiere ihn, wie sich die Engagementlandschaft in den letzten 10 Jahren insgesamt verändert habe.

Abg. Heidrun Dittrich (DIE LINKE.) bemerkt, aus ihrer Sicht bedürfe es keiner Befragung und Dauerbeobachtung des Engagements alle 5 Jahre, denn die Vereine, Organisationen, Selbsthilfegruppen und Gewerkschaften, in denen sie ehrenamtlich aktiv sei, träten von sich aus an die politisch Verantwortlichen heran und teilten ihnen mit, welche Verbesserungen der Rahmenbedingungen sie sich wünschten.

Als Soziologin wolle sie auf zwei Zusammenhänge aufmerksam machen: Bei den Männern sei eine dauerhaft hohe Engagementquote zu verzeichnen, ohne dass Familienstand und Kinder eine große Rolle spielten. Dies wirke sich bei den Frauen dramatisch aus.

Während die bis 20-jährigen Frauen hoch engagiert seien, sinke die Engagementquote anschließend rapide ab, um mit 40 Jahren wieder anzusteigen, wenn die Kinder in Kindergarten, Schule und Ausbildung seien. Dies zeige, dass Frauen in der Familienphase offensichtlich besonders engagiert seien. Dies habe sicherlich nicht nur damit zu tun, dass Frauen heute mehr Wert auf frühkindliche Betreuung und eine gute Ausbildung ihrer Kinder legten, sondern dass es mit der "Agenda 2010" seit 1999 einen enormen Sozialabbau in Deutschland gegeben habe. Die mangelnde Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten, Hortplätzen und Kinderkrabbelgruppen habe offensichtlich ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement von Frauen in diesem Bereich nach sich gezogen. Mit 55 Jahren gehe das Engagement von Frauen dann erneut zurück, auch weil sie die Pflege ihrer Eltern organisieren oder selber übernehmen müssten.

Zwei Drittel der Frauen seien im sozialen Bereich engagiert, während Männer viel stärker Ämter und Funktionen bei ihrem Engagement übernähmen, von denen sie auch beruflich profitieren könnten. Wenn sich eine Frau dagegen z. B. für eine Fußgängerampel an der Grundschule ihres Kindes einsetze, habe dies keinerlei positive Auswirkungen auf ihre Berufschancen. Das bedeute, der geschlechtlich geteilte Arbeitsmarkt habe bei Frauen auch Auswirkungen auf die Auswahl ihres Engagements. Während Männer auch in Freizeit und Engagement ständig an der eigenen beruflichen Karriere arbeiteten, stünde Frauen diese Möglichkeit nicht im gleichen Maße offen.

Abg. Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, sie wolle an dieser Stelle keine Grundsatzdebatte über die Frage der Notwendigkeit des Freiwilligensurveys führen. Sie halte den Freiwilligensurvey für wichtig, da er den politischen Entscheidungsträgern aufzeige, in welchen Bereichen man verstärkt etwas tun müsse.

Bei der Beauftragung des 3. Freiwilligensurveys in der letzten Legislaturperiode habe man sich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie und wo sich Menschen mit Migrationshintergrund engagierten und ob man dies mit dieser Art der Befragung überhaupt erfassen könne. Damals sei man zu dem Schluss gekommen, dass dies nicht der Fall sei und dass man deshalb nachsteuern sollte. Auch eine zusätzliche Analyse, um diesen Bereich besser zu erfassen, sei damals im Gespräch gewesen. Die Abgeordnete möchte daher von Herrn Linzbach wissen, wie der Sachstand in dieser Frage sei oder ob das Vorhaben der Diskontinuität zum Opfer gefallen sei.

Herr Dr. Gensicke habe zudem über Einbrüche im Engagement in bestimmten Altersphasen berichtet. In der letzten Legislaturperiode habe der Unterausschuss mit Frau Professor Allmendinger das Thema "Zeitpolitik" erörtert und die Frage diskutiert, inwieweit die enorme zeitliche Verdichtung in Ausbildung und Beruf die Engagementmöglichkeiten behindere. Sie möchte wissen, inwieweit diese Frage in den Analysen eine Rolle spiele.

Dr. Thomas Gensicke (TNS Infratest Sozialforschung) merkt an, viele der gestellten vertiefenden Fragen könnten nicht allein mit dem Freiwilligensurvey beantwortet werden, sondern dies seien Fragen an die Engagementforschung insgesamt. Manche Fragestellungen, wie die nach den Angebotsstrukturen der Organisationen, seien nicht mittels Umfragen, sondern nur mit anderen Methoden und Verfahren zu klären. Mit Hilfe des Freiwilligensurveys werde versucht, so viel Realität wie möglich einzufangen. Ziel sei, zunächst eine möglichst vorurteilsfreie Bestandsaufnahme mit einem möglichst weiten Filter zu erstellen und nicht bestimmte politische Positionen zu privilegieren. Erst nach der Bestandsaufnahme setze die Interpretation der erfassten Realität ein. Fakt sei, dass sich das "Engagementregime", ebenso wie das "Lebensregime" von Männern und Frauen, deutlich unterscheide. Dass es an dieser Stelle Verbesserungsbedarf gebe, sei nicht zu bestreiten. Dies betreffe das wichtige Thema der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Engagement. Hier seien Arbeitgeber und Organisationen in der Pflicht, Lösungen anzubieten, die es beispielsweise auch Männer erlaubten, sich stärker um ihre Kinder zu kümmern.

Die Engagementquoten bezögen sich zwar auf die jeweilige Altersgruppe. Man wisse aber, ob die Altersgruppe im Zeitverlauf an der Gesamtbevölkerung zu- oder abgenommen habe. Wenn beispielsweise die Engagementquote der 14- bis 19-Jährigen über 10 Jahre gleich geblieben, der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung insgesamt aber kleiner geworden sei, müsste diese Gruppe ihr Engagement eigentlich erhöhen, um quantitativ den gleichen Engagementbeitrag wie vorher zu leisten. Eine solcher Befund sei nicht als Vorwurf an eine bestimmte Altersgruppen zu verstehen.

Bestimmte Tätigkeiten, z. B. bei den Rettungsdiensten oder der freiwilligen Feuerwehr, könnten schon aus physischen Gründen nur von jüngeren Engagierten geleistet und nicht durch stärkeres Engagement von Älteren ausgeglichen werden. Bei den freiwilligen Feuerwehren würden diese Probleme derzeit noch durch die mittleren Jahrgänge aufge-

fangen. In Hessen gebe es eine Kampagne, die darauf abziele, mehr junge Frauen in die freiwillige Feuerwehr zu bringen. Aber auch dies sei sicherlich kein Allheilmittel. Solche Probleme in einzelnen Engagementbereichen könnten mit Hilfe des Freiwilligensurveys genauer analysiert werden.

Das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund sei mit einer flächendeckenden und so auf die deutsche "Normalbevölkerung" zugeschnittenen Befragung wie dem Freiwilligensurvey nicht adäquat zu erfassen – oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten. Wenn man mehrere Ethnien gut befragen wolle, müsste man das zum größeren Teil in der jeweiligen Muttersprache machen und die Stichproben mit besonderen Verfahren generieren. Dies sei auch eine Frage der zur Verfügung stehenden Mittel. Wenn der politische Wille und die notwendigen Haushaltsmittel vorhanden seien, könnte man eine solche Befragung methodisch jederzeit aufsetzen.

Auch bei der Stichprobe des Freiwilligensurveys von 20.000 Befragten würden selbstverständlich auch Menschen mit Migrationshintergrund abgebildet. Erfasst würden dabei jedoch in der Regel die besser integrierten Migrantinnen und Migranten mit guter Bildung und guten Sprachkenntnissen. Trotzdem sei auffällig, dass die Engagementquote dieser besser integrierten Migrantinnen und Migranten - im Vergleich zur deutschen Bevölkerung - deutlich geringer sei und dass Fragen der gesellschaftlichen Anerkennung und der Finanzknappheit von dieser Personengruppe wesentlich deutlicher artikuliert würden. Dass der Förderungsbedarf des Engagements von Migranten höher als bei der gut situierten Mittelschicht liege, sei sicherlich keine ganz überraschende Erkenntnis. Sie könne aber mit dem Freiwilligensurvey auf repräsentativer Basis bestätigt werden.

Die Frage, warum das vorhandene Engagementpotenzial bisher nicht genutzt werde, sei mit Hilfe dieses Typs von Befragung nur schwer herauszufinden, weil in einer solchen Befragungssituation schnell Gründe wie fehlende Zeit angegeben würden. Ein wichtiger Ansatzpunkt sei aber tatsächlich die zielgenaue Information und Beratung durch Anlaufstellen, aber auch durch die Organisationen und Institutionen selbst. Letztere könnten z. B. genaue Tätigkeitsprofile erstellen, so dass sich Engagementinteressierte genau überlegen könnten, ob eine Tätigkeit zu ihren Kompetenzen und Interessen passe. Auch Engagementangebote mit zeitlich begrenztem Aufwand seien hilfreich. An dieser Stelle gebe es sicherlich noch viele Verbesserungsmöglichkeiten. Auch die gegebenen Hinweise auf steigende Mobilität und die zeitliche Verdichtung in Ausbildung und Beruf seien Fakto-

3. Sitzung

ren, die bürgerschaftliches Engagement objektiv erschwerten und nicht durch einfache

Patentrezepte zu beseitigen seien.

Abschließend wolle er darauf hinweisen, dass der Freiwilligensurvey versuche, bürger-

schaftliches Engagement möglichst objektiv zu erfassen. Es werde deshalb auch nach

einer konkret übernommenen Aufgabe oder Tätigkeit gefragt, damit nicht am Ende

herauskomme, dass 80 % der Bevölkerung irgendwie ehrenamtlich und freiwillig enga-

giert sei. Anderenfalls verlöre der Begriff auch seine Kontur. Erfasst worden sei nicht nur

die Übernahme einer Funktion in einem Verein, sondern auch die Tätigkeit in Projekten

und kleinen Gruppen.

Christoph Linzbach (BMFSFJ) weist ergänzend darauf hin, dass das Ministerium eine

qualitative Studie zum Engagement von Migrantinnen und Migranten in Auftrag geben

werde, die drei Gruppen - Polen, Türken und Spätaussiedler - umfasse und auf den

Ergebnissen des Freiwilligensurveys aufsetze. Die Ergebnisse würden voraussichtlich

2011 vorliegen und gerne im Unterausschuss zur Diskussion gestellt.

Der Vorsitzende dankt Herrn Dr. Gensicke für die Präsentation der ersten Ergebnisse des

3. Freiwilligensurveys. Die Ergebnisse würden mit jeder neuen Befragung interessanter,

da sich Entwicklungslinien klarer abzeichneten. Das Thema werde den Unterausschuss

wieder beschäftigen, wenn die Ergebnisse des Freiwilligensurveys weiter aufbereitet

seien.

Der Vorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt 1 - und damit den öffentlichen Teil

der Sitzung - ab und bedankt sich bei den zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und

Zuhörern für ihr Interesse.

Ende der Sitzung um 18:34 Uhr

Markus Grübel, MdB

16